

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 06.04.2017**

**Zu TOP : 9.6**

**Einführung eines Kurzstreckentarifes für Stralsund**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage: AN 0047/2017**

Frau Müller begründet ihren Antrag und verdeutlicht, dass aus ihrer Sicht ein Kurzstreckentarif in Stralsund fehlt. In vielen anderen Städten kann man im Nahverkehr ein solches Ticket nutzen.

Frau Bartel informiert über Fahrpreise in verschiedenen Städten. Sie verdeutlicht, dass der Haushalt des Nahverkehrs defizitär sei. Jährlich werden daher Zuschüsse an den Nahverkehr ausgereicht. Die Fahrpreise zu senken, sei daher nicht zielführend.

Herr Haack verdeutlicht, dass dies Aufgabe des Kreistages ist.

Herr Dr. Zabel erläutert, dass mit Einführung ggf. mehr Fahrgäste generiert werden könnten. Daher stellt er den Antrag, den vorliegenden Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zu verweisen.

Herr Suhr kann sich dem Verweisungsantrag anschließen, damit der Nahverkehr gehört werden kann und man ggf. Druck auf den Landkreis aufbaut.

Frau Müller sieht das Kurzstreckenticket auch für Touristen sehr vorteilhaft an.

Herr Laack ist der Meinung, dass der Antrag sozial und bürgerfreundlich ist.

Herr van Slooten gibt den erhöhten Kontrollbedarf zu bedenken.

Herr Quintana Schmidt teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird.

Herr Philippen ist der Meinung, dass der Landkreis höhere Zuschüsse von der Hansestadt Stralsund erwarten wird.

Herr Paul lässt über den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben abstimmen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen in Gespräche, bzw. Verhandlungen einzutreten, um die Möglichkeit der Einführung eines Kurzstreckentickets für den öffentlichen Personennahverkehr in Stralsund zu eruieren und durchzusetzen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben verwiesen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen in Gespräche, bzw. Verhandlungen einzutreten, um die Möglichkeit der Einführung eines Kurzstreckentickets für den öffentlichen Personennahverkehr in Stralsund zu eruieren und durchzusetzen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-03-0581

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 13.04.2017